



FRAGE

Der Euro hat gegenüber dem Dollar seit Jahresbeginn über ein Zehntel an Wert zugelegt. Rechnen Sie damit, dass dieser Trend in den kommenden sechs bis zwölf Monaten anhält? Auf welchem Niveau sehen Sie den Euro Mitte nächsten Jahres?

Die wirtschaftliche Erholung der Eurozone ist zuletzt deutlich vorangekommen. Mit Raten von 0,5 und 0,6 Prozent wächst die europäische Wirtschaft inzwischen schneller als die der USA. Gerade schwächere Südländer wie Spanien, Frankreich und Italien haben ihr Wachstum zuletzt deutlich beschleunigt und könnten jetzt zu einem nachhaltigen und breiten Aufschwung beitragen.

Wie schätzen Sie die Wirkung des Euro-Wechselkurses auf die europäische Wirtschaft insgesamt ein?

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Bei steigenden Zinsen in den USA wird der Euro-Wechselkurs wahrscheinlich nicht viel weiter steigen können.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Wechselkursprognosen sind nicht solide zu machen. Für die wirtschaftliche Entwicklung Europa sind Strukturfaktoren wichtiger als der Wechselkurs. Man denke an die Flexibilität der Märkte, die Innovationskraft der Unternehmen, die Qualifikation der Arbeitnehmer, die Solidität der öffentlichen Finanzen.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Deutschland bräuchte einen teureren Euro; der billige Euro führt tendenziell zu einem verschleppten Strukturwandel.

Prof. Dr. Friedrich Schmid Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

hoch

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

„Sie wird übertrieben, insbesondere auch von der EZB zur Legitimierung

ihrer ultralockeren Geldpolitik“

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Sollte Einfuhren verbilligen und Ausfuhren beeinträchtigen, besonders für Rohstoffe



Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Auch wenn die Euro-Aufwertung dämpfend wirkt, ist für die Entwicklung der Exportwirtschaft das Wachstum der Weltwirtschaft die wichtigere Komponente.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Wechselkurswirkung trifft die einzelnen Mitgliedsländer unterschiedlich stark. Dies liegt darin begründet, dass der Preiaspekt der Wettbewerbsfähigkeit nicht in allen Industrien die gleiche Bedeutung hat.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die weltweiten Aufrüstungen, u.a., machen die USA bald zum sicheren Hafen, das schwächt tendenziell die €-Aufwertung ab. Dennoch betrifft es aber besonders Italien und Frankreich.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:
eher gering

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

gering. Ein hoher Kurs zwingt zu Rationalisierungen und damit zu Investitionen. Das war historische immer gut und wird auch künftig gut sein.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

ebenfalls moderat

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Insgesamt überschaubar. Fundamental ist der Euro noch immer unterbewertet. Der starke und vor allem relativ rasche Kursanstieg wird die Wachstumsdynamik allerdings etwas dämpfen. Auf der positiven Seite ist zu vermerken, dass die Aufwertung dem Euro-Raum hilft, sich bei den Kapitalmarktzinsen (in gewissen Bandbreiten) von den US-Vorgaben abzukoppeln.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Es würde mich nicht wundern, wenn er mittel- bis langfristig zu einer ungunstigen Wirtschaftsstruktur führt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die starken EU-Volkswirtschaften und damit die gesamte EU werden von solchen Kursänderungen kaum beeinträchtigt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Wesentlicher Faktor



Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die meisten Länder der Eurozone wickeln einen großen Teil ihres Außenhandels zonenintern ab bzw. mit angeschlossenen Ländern. Deswegen hält sich die Wirkung in Grenzen.

FRAGE

Ist die Finanzkrise mit einem Ausstieg des deutschen Staates aus der Commerzbank aus Ihrer Sicht für Deutschland abgeschlossen?

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die deutschen Banken sollten sich weiterhin anstrengen, ihre Eigenkapitalausstattung risikofest zu gestalten.

Stefan Maly Deputy Head of Investment Strategy, BNP Paribas Personal Investors - Cortal Consors:

Nein, das wäre nicht der Fall. Denn es fehlen immer noch tiefgreifende Reformen der Eurozone.

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

Dies ist zumindest ein wichtiger Meilenstein.

Prof. Dr. Friedrich Schmid Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

nein

Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Der Staat hat durch seine Beteiligung faktisch eine „Too big to fail“-Garantie übernommen. Die Ertragslage der Commerzbank ist nach wie vor schwach. Daher sollte der Staat nur allmählich bei besser werdender Geschäftslage aussteigen.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Nein

Prof. Dr. Horst Schellhaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die Finanzkrise ist in Deutschland noch nicht abgeschlossen, weil die Bankenbranche von einem Gleichgewicht noch weit entfernt ist.



Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Nein. Deutsche Banken spielen international kaum eine Rolle, ihre internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist gering, die deutsche Börse ist angezählt, der Vertrauensverlust bleibt groß (auch wegen einiger ausländischen Investoren u.a. bei der Deutschen Bank). Und die US-Banken sind wieder relativ stark aufgestellt und die USA deregulieren.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Nein.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Wohl kaum!

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Solche Krisen sind nie wirklich abgeschlossen. Es geht eigentlich nur darum, ihre Symptome durch geeignete Kontrollen der Finanzmärkte unter Kontrolle zu halten.

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:

Das eine hat mit dem anderen wenig zu tun

FRAGE

Der Dieselskandal weitet sich auch auf weitere Autohersteller aus und bringt die Technologie insgesamt in immer stärkeren Misskredit. Das Kraftfahrtbundesamt ist seiner Aufsichtsfunktion der deutschen Autobauer dabei wohl nicht vollumfänglich nachgekommen. Forderungen nach Entschädigung für getäuschte Dieselmotorkäufer, deren Fahrzeuge bereits an Wert verloren haben und durch Dieselfahrverbote weiter verlieren könnten, nehmen zu.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Eine Abschaffung des Dieselpatents scheint angebracht.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Der Staat sollte sich nicht ein neues Spielfeld für marktwidrige Interventionen, deren Wirksamkeit fraglich ist, schaffen.

Prof. Dr. Friedrich Schmid Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

Deprimierend, was Automobilkonzerne gemacht haben.



Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

Kollektivversagen der großen Autohersteller, der mit ihnen verbundenen Politiker und der Aufsichtsbehörden

Prof Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhl für Mikroökonomie, Brandenburgische Technische Universität Cottbus - Senftenberg:

Seherischen Fähigkeiten der Politik zu vermeintlichen Zukunftstechnologien für deutsche Produzenten sollte man generell misstrauen.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Die derzeitigen Abwrackprämien führen zu einer Vernichtung von Vermögen in der deutschen Volkswirtschaft. Ursachengerecht wäre eine höhere Besteuerung der Emissionen der Fahrzeuge.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die Strafen für Wirtschaftskriminalität sind in Deutschland zu gering und ineffektiv. Die Politik ist rational bis zynisch: 10.000 Tote durch Diesel beeinflussen die Wahlen nicht, wohl aber 10.000 verlorene Arbeitsplätze, (kriminell von Industrie und Politik verzockt oder nicht). Die Industriepolitik ist wieder einmal gescheitert. Jeder Euro, den der Staat zur Stützung dieser, unserer Autoindustrie einsetzte und einsetzt, ist falsch.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Ein typisches Beispiel, dass der Markt gar nicht funktioniert und der Staat unbedingt regulierend eingreifen muss. Entsprechend dem Verursacherprinzip sollten aber natürlich die Automobilunternehmen, die für diese kriminellen Machenschaften verantwortlich sind, für die finanziellen Schäden der Dieselmotorkäufer und auch für die gesundheitlichen Schäden (die Emissionen kosten sogar Menschenleben) aufkommen und keinesfalls der Staat bzw. die Steuerzahler.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Der Staat sollte zunächst einmal seine regulatorischen Aufgaben erfüllen - wir stehen vermutlich vor einem Musterfall von „regulatory capture“. Den Rest sollen der Markt und vor allem auch die Wahlurne erledigen!

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Verquickung von hoheitlichen Aufgaben und Kontrollfunktionen mit den Interessen einer spezifischen Branche steht hier deutlich vor Augen. Keiner kann glauben, dass die Aufsichtsbehörden von den Vorgängen keine Ahnung hatten. Die skandalisierte Abstimmung der Regierungserklärung in Niedersachsen mit VW dokumentiert noch einmal das dahinterstehende ordnungspolitische Problem.

Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:

Es würde mich interessieren, wer eigentlich Interesse an Grenzwerten hat, die kaum einzuhalten sind. Und: Ob wohl Frankreich Messgeräte an den ungünstigsten Stellen platzieren würde (wie etwa in Stuttgart am Neckartor)? Und wenn ja: wie lange würden sie dort stehen bleiben?



Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Sind es nicht überzogene Regulierungen durch den Gesetzgeber, die in der Realität nicht umsetzbar sind? Ist darum nicht die überzogene Diskussion zu den deutschen Herstellern, die offenbar mit besonderen Maßstäben gemessen werden, aus inländischer Sicht Dummheit und aus ausländischer Sicht „Neoprotektionismus“? Wie steht es denn mit den Dieselfahrzeugen anderer Hersteller auf dem Weltmarkt?

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Zu viel Getöse im nachrichtenarmen Sommerloch. Fakten verblassen vor Emotionen. Die Diskussion MUSS sachlicher werden.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:

Dieselaautos tragen wie Benziner, wie Busse, wie LKWs, wie die Bahn etc. zur Belastung der Umwelt bei und es geht jeweils nur um den Grad es Verschmutzungsbeitrags. Deshalb ist die derzeitige Verteufelung von Dieselaautos völlig falsch. Anstelle über Fahrverbote oder Umbauförderungen nachzudenken, kann in Gebieten mit schwerer Umweltbelastung eine monetäre Fahrabgabe für alle Fahrzeuge eingeführt werden. Schon bei geringen Preisen, z.B. bei einem Euro pro Stadtfahrt, würde sich das Verkehrsaufkommen insgesamt reduzieren, was zur Verbesserung der Umwelt, zur Vermeidung von Staus und zur Reduktion von Unfällen beiträgt.

Prof. Dr. Laszlo Goerke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen:

Der Staat könnte doch auch helfen, dass die Autohersteller die Konsumenten entschädigen. Die Option 'privatrechtlich' ist nicht klar genug.

FRAGE

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

leicht verbessert

Prof. Dr. Gerhard Wegner Lehrstuhl für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Erfurt:

leichte Eintrübung

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

nein

Prof. Dr. Friedrich Schmid Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität zu Köln:

nein



Prof. Dr. Harald Hagemann Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, Universität Hohenheim:

nein

Prof. Dr. Günter Franke Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

verbessert

Prof. Dr. Jan Schnellenbach Lehrstuhl für Mikroökonomie, Brandenburgische Technische Universität Cottbus - Senftenberg:

Nein.

Prof. Dr. Vincenz Timmermann Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre II, insb. Geldtheorie, Universität Hamburg:

Nein

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

nein

Prof. Dr. Michael Frenkel Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Nein

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Ja. Die politischen.US-Eingriffe in den Handel bedrohen Globalisierung und Freihandel. Die betrügerische deutsche Autoindustrie schlägt bald voll durch.Ausw.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung , Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

langfristig bekommen wir ein Problem der unternehmerischen Unterinvestition. Und möglicherweise echte Handelsprobleme wegen des LB-Überschusses mit den USA.Da beides interdependent ist, muß die nächste Bundesregierung dringend die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

ja

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Beurteilung der aktuellen Lage geringfügig angehoben und Erwartungen (12 Monate) geringfügig gesenkt.



Prof. Dr. Siegfried F. Franke Professur für Wirtschaftspolitik, Andrassy Universität Budapest:
Ja.

Prof. Dr. Claus Schnabel Lehrstuhl für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik, Friedrich-Alexander
Universität Erlangen-Nürnberg:
Ja, zum positiven

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:
Nein

Prof. Dr. Björn Frank Lehrstuhl für Mikroökonomik, Universität Kassel:
glaub nicht

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:
nein

Prof. Dr. Alfred Greiner Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:
nein

Dr. Jochen Intelmann Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:
je, verbessert

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik,
Georg-August-Universität Göttingen:
Hat sich verbessert

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwick-
lungsökonomik, Universität Bayreuth:
nein, die Daten deuten weiterhin auf eine robuste Konjunktur hin.

Prof. Dr. Juergen von Hagen Lehrstuhl am Institut für International Wirtschaftspolitik, Rhei-
nische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:
leicht positiv

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:
nein